

23. September 2010

## Bildungsexperiment am offenen Herzen

### Wie Rot-Grün in NRW die neue Gemeinschaftsschule durchsetzen will

Von Kristian Frigelj

*Pionier für ein rot-grünes Projekt: Der CDU-Bürgermeister Bert Risthaus wirbt für die Profilschule*

Düsseldorf - Fünf rote Baustellenschilder prangen hinter dem Schreibtisch von Sylke Reimann-Perez. Die Rektorin der Theodor-Fontane-Hauptschule in Ascheberg-Herbern hat die dreieckigen Embleme ausgedruckt und an einer großen Magnetwand befestigt. Die Zeichen erinnern sie an wichtige Aufgaben im laufenden Schuljahr, etwa "Individuelle Förderung" oder "Erziehungskonzept", und sie signalisieren zugleich, dass eine neue Zeit in der münsterländischen Gemeinde anbricht. "Es ist wirklich etwas Neues", schwärmt die 48-Jährige: Südlich von Münster wird die erste Gemeinschaftsschule in Nordrhein-Westfalen entstehen.

Noch prüft das Landesschulministerium in Düsseldorf einen entsprechenden Antrag der Gemeinde, doch die Genehmigung dürfte bald erteilt werden. Dann wird das ländlich geprägte Ascheberg mit seinen rund 15 200 Einwohnern zum Pionier im bevölkerungsreichsten Bundesland NRW. Der Unterricht in der neuen Schule beginnt bereits mit dem nächsten Schuljahr - dann wird es das traditionell gegliederte Schulsystem in Ascheberg nicht mehr geben.

Es ist ein bildungspolitischer Strukturwandel, den beispielsweise das Bundesland Schleswig-Holstein schon hinter sich hat. Dort wurden Gemeinschaftsschulen und Regionalschulen flächendeckend eingerichtet. Sie unterscheiden sich in einigen Details vom NRW-Modell, doch dahinter verbirgt sich das gleiche bildungspolitische Motiv: Die Hauptschule gilt als weitgehend diskreditiert, ihre Schüler werden von vielen als Versager wahrgenommen. "Diejenigen, die zur Hauptschule müssen, sind regelrecht beschämt und fühlen sich ausgeschlossen. Den Eltern geht es genauso", erzählt Rektorin Reimann-Perez. Zudem treibt die demografische Entwicklung mit ihren sinkenden Bevölkerungszahlen die Landesregierung um. Die Gemeinschaftsschule sei die "ideale Antwort auf das veränderte Wahlverhalten der Eltern und den demografischen Wandel", betont NRW-Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne). "Wenn wir nichts tun, droht ein Schulsterben. Gerade im ländlichen Raum geht es oft um die letzte weiterführende Schule am Ort."

In Ascheberg ist die Zahl der abgehenden Grundschüler in diesem Jahr auf 195 gesunken. Die Hauptschule wollen nur noch 21 Kinder besuchen; sie würde, wenn nichts geschähe, im Jahre 2015 auslaufen. Die Realschule registriert immerhin noch 49 Zugänge. Doch die klare Mehrheit der neuen Oberschüler pendelt in Nachbarstädte zu Gymnasien (89 Schüler) und zur Gesamtschule (28).

Aschebergs Bürgermeister Bert Risthaus (CDU) aber will ein stabiles schulisches Angebot vor Ort erhalten. Der Christdemokrat spricht von der "Profilschule" und muss damit leben, dass die rot-grüne Landesregierung diese lieber als Gemeinschaftsschule etikettiert. Pikant ist auch, dass die grüne Schulministerin Sylvia Löhrmann ausgerechnet eine CDU-geführte Kommune für den Start der Gemeinschaftsschule auswählt, denn die Union im Landtag kritisiert die neue Schulform vehement. Die

Gemeinschaftsschule, so der Tenor der Kritik, werde anderen Schulen gegenüber bevorzugt unterstützt, außerdem sieht man den Bestand der Gymnasien bedroht.

Mittlerweile haben sich zwei Dutzend weitere Kommunen beim Schulministerium gemeldet und Interesse an der Gemeinschaftsschule bekundet. Die rot-grüne Landesregierung fühlt sich bestätigt und wird ihre Ziele heute auf einer großen Bildungskonferenz mit Verbänden und Schulinitiativen erläutern. Doch die Kritiker werden lauter. FDP-Landeschef Andreas Pinkwart droht mit einer Verfassungsklage. Eine schulpolitische Weichenstellung von solch großer Tragweite dürfe nicht am Parlament vorbei getroffen werden, betont er. Die Grünen wiederum verweisen darauf, dass die schwarz-gelbe Vorgängerregierung eben solche Modellversuche gesetzlich erlaubt habe. Die Freidemokraten fassen derweil ein Volksbegehren für den Erhalt der Gymnasien ins Auge. Sie wecken Erinnerungen an die Kampagne "Stop-Koop" aus dem Jahr 1978. Damals plante die von SPD und FDP geführte Landesregierung, Haupt-, Realschule und Sekundarstufe I der Gymnasien in "Schulzentren" zusammenzulegen. Sie musste die Pläne aufgeben, nachdem rund 3,6 Millionen Menschen bei einem Volksbegehren dagegen stimmten.

Den Ascheberger Bürgermeister ficht es indes wenig an, dass er auf Landesebene vom politischen Gegner vereinnahmt und von Parteifreunden geschmäht wird. "Das ist eine Ascheberger Lösung für ein Ascheberger Problem", sagt Risthaus. Doch erst einmal sorgte die Ascheberger Lösung für Unruhe im Ort. Es wurde viel über die neue Schule diskutiert, das Thema sei "sehr angstbesetzt", sagt Rektorin Reimann-Perez. Rund 70 Prozent der befragten Eltern haben letztlich der Umwandlung zugestimmt, der Gemeinderat einstimmig für das Projekt votiert. Die rot-grüne Landesregierung will bis 2015 mindestens 30 Prozent der weiterführenden Schulen zu Gemeinschaftsschulen umwandeln. Schulministerin Löhrmann nennt als Voraussetzungen, dass vor Ort Eltern, Schulträger und Kommune im Konsens entscheiden müssten, ehe ein Antrag auf Genehmigung gestellt werden kann. Zudem dürfe der Bestand benachbarter Schulen nicht gefährdet werden.

Weil SPD und Grüne über keine absolute Mehrheit im Landtag verfügen, haben sie auf den Versuch verzichtet, die Gemeinschaftsschule im Schulgesetz zu verankern. Man nutzt stattdessen Paragraph 25 des geltenden Schulgesetzes, in dem "Modellversuche" erlaubt sind. Mehr Bildungsgerechtigkeit auch für schwächere Schüler, mehr Zeit für die individuelle Entwicklung, so umschreibt Rot-Grün das bildungspolitische Ziel der Gemeinschaftsschule. "Ich finde den Gedanken gut, dass alle zusammenkommen", sagt auch Rektorin Reimann-Perez.

Die Profilschule deckt die Sekundarstufe I mit den Klassen 5 bis 10 ab. Bürgermeister Risthaus betont, dass die "gymnasialen Standards" gesichert seien, und meint damit, dass in der Profilschule gute Schüler ausreichend fit für den Weg zum Abitur gemacht werden.

Schulministerin Löhrmann betont, dass mit der sogenannten Binnendifferenzierung die Schüler nach ihren Neigungen und Stärken gefördert würden. Rektorin Reimann-Perez setzt darauf, dass auch Gymnasiallehrer an der Gemeinschaftsschule unterrichten - nicht nur zur Freude der schlechter besoldeten Haupt- und Realschullehrer. Um die Gemeinschaftsschule attraktiver zu machen, setzt die Landesregierung außerdem Lockmittel ein. Die Klassen sollen mit 25 Schülern kleiner als gewöhnlich ausfallen, darüber hinaus gibt es mehr Stellen für Lehrer. Zudem - ein wichtiges Argument für viele Eltern - können angehende Gymnasiasten in der Profilschule das Abitur mit mehr Zeit ablegen als bei der umstrittenen Schnellvariante des G 8.

Unklar ist aber trotz all dieser Vergünstigungen, ob Eltern ihre Kinder, die eine gymnasiale Empfehlung bekommen, auf die neue Profilschule schicken werden. Denn ihre Schützlinge müssten drei Standortwechsel mitmachen: von der Grundschule zur Profilschule, dort nach Klasse 8 vom Standort Ascheberg (der heutigen Realschule) zum Standort Herbern (der heutigen Hauptschule), und nach Klasse 10 auf ein Gymnasium.

Während also politischer Streit programmiert ist und praktische Schwierigkeiten bleiben, hofft Rektorin Reimann-Perez in Ascheberg, dass die Vorbereitungen für die neue Schule rechtzeitig bis zum Sommer 2001

abgeschlossen sind. Noch müssen die Klassenräume umgebaut, eine Mensa eingerichtet und die Schwimmhalle renoviert werden.